

Offener Brief an den Regionspräsidenten Hauke Jagau und die SPD-Mitglieder im Aufsichtsrat KRH

Lieber Hauke Jagau,

wir, die Mitglieder des SPD Ortsvereins Burgwedel, appellieren an dich, den Plänen der Geschäftsführung des KRH zur Schließung der Klinik für Frauenheilkunde und Geburtshilfe am Klinikum Großburgwedel nicht zuzustimmen. Weiterhin bitten wir dich, darauf zu dringen, dass eine ergebnisoffene Prüfung zur Zukunft der Krankenhäuser in Großburgwedel und Lehrte stattfindet.

Geburtshilfe und Frauenheilkunde bilden eine Einheit. Wenn diese Abteilung geschlossen wird, nehmen wir den werdenden Eltern im Nordosten der Region die Möglichkeit, eine wohnortnahe Versorgung während Schwangerschaft und Geburt vorzufinden.

Nach Schließung der Geburtshilfe in Langenhagen und der geplanten Schließung im Nordstadt Krankenhaus in Hannover bleiben lediglich Geburtskliniken der freien Träger, das AKH Celle sowie die Medizinische Hochschule übrig. Wir meinen, dass das KRH verpflichtet ist, den Bürgerinnen im Nordosten der Region Hannover neben diesen Angeboten weiterhin eine Geburtshilfestation anzubieten. Nur so kann sichergestellt werden, dass das hochemotionale Ereignis „Geburt“ Orte hat, die von den Eltern entsprechend ihren Vorstellungen gewählt werden können. Das ist kein „Luxusargument“, es drückt die von uns allen gewollte Willkommenskultur für die nächste Generation, d.h. für unsere Zukunft, aus.

Für niedergelassene Gynäkolog_innen und Hebammen im Nordosten muss die Möglichkeit erhalten bleiben, schnell im Verbund mit der Geburtsklinik kooperieren zu können, besonders wenn akute Interventionen notwendig sind.

Ferner halten wir es für dringend geboten, die Frauenheilkunde im Nordosten zu erhalten. Betroffen sind über 50% der Bevölkerung, nämlich alle Frauen, die im Nordosten kein Krankenhaus der Region mehr finden. Auch im Falle des Neubaus einer Klinik im Nordosten muss die Frauenheilkunde dort vertreten sein.

Natürlich müssen Kliniken wirtschaftlich arbeiten und sollten nicht auf Dauer Zuschusseinrichtungen sein. Gesundheitsfürsorge darf aber, gerade für uns Sozialdemokraten, nicht zur reinen Kostenfrage degenerieren!

Wir verweisen auf die bekannten Probleme der Landesfallpauschalen, die für Niedersachsen im Vergleich zu anderen Bundesländern zu niedrig sind.

Ministerpräsident Stephan Weil hat im Landtagswahlkampf auf die Ungleichheiten hingewiesen und macht sich stark dafür, die kommunalen Träger zu entlasten.

Weiterhin setzen wir auf die Bemühungen der Großen Koalition, bis 2016 gemäß dem

Koalitionsvertrag die Krankenhausreform bzw. auskömmliche Fallpauschalen zu beschließen, so dass auch kleinere Einheiten in die Lage versetzt werden, wirtschaftlich zu arbeiten.

Bitte setze dich dafür ein, die Gynäkologie und Geburtshilfe im Klinikum Großburgwedel zu erhalten.

Vorstand des SPD Ortsvereins Burgwedel

10.11.2014

Wir bitten dich, die folgenden Fragen auf der Dialogveranstaltung in Burgwedel am 20.11.2014 sowie auf der Mitgliederversammlung am 27.11.14 zu beantworten:

1. Ist die Schließung der Geburtsstation wirklich unvermeidbar, obwohl die Geburtenzahl in Burgwedel stark angestiegen ist? (aktuell fast 700 Geburten)
2. Seit wann gibt es die Erkenntnis, dass die Wirtschaftlichkeit einer solchen Station erst bei jährlich 1.000 Geburten einsetzt? Worauf stützt sich diese Annahme?
3. Wie lange dauert die Anfahrt aus dem Nordosten der Region zukünftig zu den dann noch verbleibenden Kliniken mit Geburtsstation im Unterschied zum jetzigen Zustand?
4. Welche Ausgaben würden durch die Schließung eingespart und welche Einnahmen würden verloren gehen?
5. Welche Kosten kommen auf die Krankenhäuser zu, wenn die Gynäkologie und Frauenheilkunde geschlossen werden und für jede Untersuchung in diesem medizinischen Bereich Krankenfahrten unternommen werden müssen?
6. Wurde berücksichtigt, dass Patientinnen und deren Angehörige auch bei anderen Leistungen zu Mitbewerbern abwandern könnten, wenn sie dort gute Erfahrungen machen?
7. Braucht jedes Krankenhaus mit Geburtshilfe zwingend die Einrichtung für Notfallgeburten? Wäre eine Kooperation zwischen Krankenhäusern möglich?
8. Sind die Auslastungen und Zukunftsplanungen der anderen Klinikträger in der Region und in Celle im Bereich der Geburtshilfe bekannt? (Bettenbelegungen und freie Kapazitäten)

Ferner bitten wir um Beantwortung folgender Fragen zum Thema Krankenhaus Burgwedel

1. Unter welchen Voraussetzungen hätte ein Krankenhaus am Standort Großburgwedel eine langfristige Perspektive?
2. Wie würde die Leistungsfähigkeit des Krankenhauses Großburgwedel am jetzigen Standort bis zu einem Neubau gewährleistet werden?
3. Sind die zu erwartenden Reformen der Großen Koalition (Neufestsetzung der Landesfallpauschalen) schon in das Konzept eingearbeitet?

Vorstand des SPD Ortsvereins Burgwedel

10.11.2014